55. Jahrgang. № 206. Donnerstag, 27. Juli 1911.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2,40 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,00 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3,00 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher ausgestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Seidel & Naumanns Germania-Fahrräder Struvestrasse 9, — nahe — Prager Strasse.

RAUM KUNST — Brautleute kaufen am vorteilhaftesten in der „Raumkunst" Dresden-A., Viktoriastraße 5/7. Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungseinrichtungen. Erstklassiges, eigenes Fabrikat. Neuester Schlager: Preßstoffmöbel (D. R.-P.). Elegant – Praktisch – Billig.

Notieren Sie, bitte, 18688, Seeling & Roch, Blasewitzer Str. 70 und rufen Sie an bei Defekten Ihrer elektrischen Leitung, Ihres Haustelefons, Ihrer elektr. Klingelleitung, bei Bedarf an Glühlampen jeglicher Art. Verlangen Sie Anschläge über alle Arten elektr. Licht- und Kraftanlagen für Stark- und Schwachstrom. Sie werden preiswert und unter Garantie gut bedient.

Wettin-Gartenschläuche sind die besten. Gummi- und Asbest-Compagnie Reinhard Stichler & Böttger Telefon I. 1261. Wettinerstr. 8, nächst dem Tivoli.

AK&S-Aufzüge sind unsere Spezialität seit 40 Jahren. Aug. Kühnscherf & Söhne Dresden-A. Gr. Plauensche Str. 20.

Für eilige Leser.

Voraussichtliche Witterung: Sehr warm und schwül, meist heiter.

Das Observatorium auf dem Brocken kündet ein Nachlassen der Hitze an.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." teilt mit, daß die Nachrichten über grundsätzliche Aenderungen des höheren Schulwesens und über die Berufung einer Schulkonferenz nicht begründet sind.

Den deutschen Werften droht eine neue allgemeine Ausstandsbewegung.

In der Glasindustrie steht nach dem jetzigen Stande der Dinge die Aussperrung von etwa 10000 Arbeitern bevor.

Die spanische Regierung setzt die Truppensendungen nach Larrasch fort, täglich werden dort etwa 300 Mann ausgeschifft.

Die Bundesstaatsanwaltschaft der Vereinigten Staaten hat gegen den Stahltrust und den Fleischtrust neue Verfahren eingeleitet.

Ein Taifun, der in Tokio und Yokohama seinen Mittelpunkt hatte, richtete ungeheuren Schaden an; etwa 100 Menschen sind umgekommen.

Königtum, Liberalismus und Sozialismus in Belgien.

Die Vorgänge, die sich zurzeit in Belgien abspielen, dürfen wegen ihrer grundsätzlichen Wichtigkeit ein weitgehendes allgemeines Interesse in Anspruch nehmen. Sie enthalten eine dreifache Lehre. Einmal zeichnen sie mit scharfen Strichen die gefährliche Lage einer Monarchie, die sich auf keinen zuverlässigen königstreuen Kern der Bevölkerung stützen kann. Zum andern rücken sie die unabsehbare Verantwortung einer Partei in das hellste Licht, die, wie der Klerikalismus in Belgien, nach der ganzen Art der Verhältnisse auf eine loyale Mitarbeit an der öffentlichen Wohlfahrt angewiesen ist und gleichwohl ihre höchste Aufgabe darin erblickt, mit nacktem Egoismus ihren engherzigen Sonderinteressen zu frönen. Zuletzt, aber nicht am wenigsten, halten die belgischen Ereignisse auch dem Liberalismus einen Spiegel vor, in dem er mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu erkennen vermag, wohin die Reise geht, wenn er die Bundesbrüder von der roten Observanz freudestrahlend ans Herz drückt und sich mit ihnen auf Gedeih und Verderb zusammentut.

Ihren Ausgangspunkt hat die gegenwärtige politische Konstellation in Belgien von der klerikalen Schulgesetzvorlage genommen, welche die ganze unersättliche Herrschsucht der Ultramontanen und ihre Unfähigkeit, eine auf einen vernünftigen Ausgleich der verschiedenen Interessen gerichtete maßvolle Politik zu treiben, drastisch in die Erscheinung treten ließ. Die Kongregationen, die schon bisher für ihre Schulen vom Staate erhebliche Zuschüsse bezogen, forderten nämlich mit einem Male noch eine runde Summe von 20 Millionchen hinzu und verlangten außerdem die völlige Gleichstellung mit den Staatsschulen. Ein solches Ansinnen wagte die klerikale Kammerpartei unter dem verflossenen Kabinett Schollaert zu stellen, obwohl sie überhaupt nur über eine winzige Mehrheit von sechs Stimmen verfügte, und obwohl sie wußte, daß im Lande ein allgemeiner Unwille über den Entwurf herrschte! Das war denn doch selbst dem alten erprobten Führer der belgischen Klerikalen, dem Staatsminister Woeste, zu bunt, so daß er sich entschieden zur Wehr setzte und den ultramontanen Heißspornen eine sehr feine Lektion über realpolitische Selbstbeschränkung hielt. Er führte seinen klerikalen Eiferern zu Gemüte, daß das Klosterschulwesen seine augenblickliche Blüte gerade dem bisherigen staatlichen Schutze zu verdanken habe, und daß sie sich daher im eigenen Interesse hüten müßten, den Bogen zu überspannen, weil sonst die Gefahr eines gründlichen Rückschlages drohe. Eine völlige Gleichstellung eines rein konfessionellen privaten Schulwesens mit dem öffentlichen Staatsschulwesen widerspreche dem Geiste der Verfassung und der modernen Auffassung von der erziehlichen Aufgabe des Staates überhaupt. Herr Woeste predigte aber tauben Ohren. Die Schüler dünkten sich weiser als der Meister, und die Folge war der Sturz des Kabinetts Schollaert und die Zurückziehung der klerikalen Schulvorlage, ungerechnet die empfindliche Einbuße an politischem Ansehen, die sich aus der ganzen Aktion für die ultramontane Partei ergab.

König Albert bewies in dieser Krise durch sein Verhalten vom ersten Augenblicke an, daß seine oberste Richtschnur seine konstitutionelle Pflicht bildet. Der Monarch zögerte nicht, seine Einwilligung zur Demission des Kabinetts und zur Beseitigung der bei der weitaus überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gründlich verhaßten Schulvorlage zu geben, und dadurch machte er sich bei den Klerikalen ebenso unbeliebt, wie seine Volkstümlichkeit namentlich in Arbeiterkreisen wuchs. In der klerikalen Presse wurde ein förmliches Kesseltreiben gegen den König veranstaltet und mehr oder weniger deutlich erklärt, daß er nur die Wahl habe, sich entweder mit Haut und Haaren der ultramontanen Partei zu verschreiben oder den Sturz seiner Dynastie durch den sozialistischen Heerbann zu gewärtigen. Die Arbeiterschaft hat dagegen dem Monarchen eine ganz außergewöhnliche Huldigung bereitet. In Chaleroi, dem Mittelpunkte des Sozialismus, wo sonst die revolutionären Leidenschaften wild emporbranden, strömten die Arbeiter in hellen Haufen aus dem Schoße der Erde hervor und kamen von den glühenden Hochöfen herbeigeeilt, um das Königspaar, das sich furchtlos dorthin gewagt hatte, zu begrüßen, und der Ruf „Es lebe der König!" erschallte aus Tausenden rauher Kehlen. Fürwahr, ein seltsames, ein ergreifendes Bild! Und damit nicht genug, konnte der Monarch es kaum verhindern, daß die Arbeiter ihm die Pferde ausspannten, um mit eigenen Händen seinen Wagen zu ziehen, den die Kinder sozialistischer Eltern mit Blumen bewarfen! Am nächsten Tage erschien dann in einem der rabiatesten Sozialistenblätter Belgiens, dem „Journal de Chaleroi", ein Artikel, worin die konstitutionelle Monarchie unverhohlen gerühmt und rund heraus erklärt wurde: „Eine soziale Monarchie mit möglichst wenig Fehlern ist besser als eine kapitalistische Republik mit unendlich vielen Fehlern."

Der nüchterne Realpolitiker darf sich freilich durch einen solchen vorübergehenden Begeisterungsrausch von sozialistisch beeinflußten Arbeiterkreisen nicht die klare Einsicht trüben lassen, daß die Massen, solange sie sich nicht offiziell von der revolutionären Sozialdemokratie abkehren, aller besseren eigenen Erkenntnis zum Trotze schließlich doch immer wieder von der sozialdemokratischen Fuchtel unterjocht und zum Kampfe gegen das Königtum getrieben werden. Die Reaktion ist auch schon eingetreten. Den belgischen Königsschwärmern unter den Arbeitern wird nämlich nicht nur von ihrem Hauptorgan, dem Brüsseler „Peuple", sondern auch von dem Berliner „Vorwärts" gehörig der Kopf gewaschen und ihnen der Standpunkt dahin klar gemacht, daß eine „Demokratie von Königs Gnaden" Unsinn sei, und daß es für „zielbewußte Arbeiter" nur ein Heil gebe, den Klassenkampf um jeden Preis mit republikanischem Endziel. An dieser grundsätzlichen Todfeindschaft des revolutionären Sozialismus gegen das Königtum vermag es nichts zu ändern, wenn ein einzelner Monarch sich jeweilig bei den Arbeitern besondere persönliche Sympathien erringt, wie König Albert sie ja zweifellos in hohem Maße besitzt, und wie sie zum ersten Male deutlich in die Erscheinung traten, als der König bei seinem Einzuge in Brüssel in einfacher, ungezwungener, natürlicher Weise seinen Degen vor einer roten Fahne senkte, die aus Anlaß des Todes eines sozialistischen Führers auf Halbmast gesenkt war. Der „sozialistische König" heißt er seit jener Episode.

König Albert liegt bei seinem Auftreten jede Popularitätshascherei völlig fern. Er fühlt sich einfach menschlich zu den Arbeitern hingezogen und will ihnen gegenüber seine Herrscherpflichten mit sorgfältigster Gewissenhaftigkeit auf der Grundlage eines eingehenden und selbst nach dem Rechten sehenden sozialen Verständnisses erfüllen. Bei solchen edlen Absichten ist es ein wahrhaft tragisches Geschick zu nennen, daß dem Monarchen ein fester parteipolitischer Rückhalt mit unzweifelhaft königstreuer Gesinnung fehlt. Zwischen Klerikalismus und Sozialismus könnte der belgische Liberalismus als zuverlässige Stütze der Monarchie wirken, aber er versteht die Zeichen der Zeit nicht und huldigt noch immer einem unfruchtbaren politischen Doktrinarismus, der ihn auch aus Anlaß des Schulgesetzes zum Eingehen eines engen dauernden Bündnisses mit der Sozialdemokratie verführt hat, statt sich die Hände frei zu halten. Beide Parteien haben sich auf ein umfassendes Regierungsprogramm geeinigt, und der Liberalismus ist bei diesem Pakt der entschieden verlierende Teil; hat er doch sogar in einer so wichtigen Frage, wie der Wahlreform durch Zustimmung zum allgemeinen und gleichen Stimmrecht vor der Sozialdemokratie kapituliert, nachdem er früher ein derartig weitgehendes Wahlrecht für ein so industrie- und arbeiterreiches Land wie Belgien stets als eine schwere, mit aller Energie zu bekämpfende Gefahr erklärt hatte. Ja, die Liberalen sind der Sozialdemokratie noch weiter entgegengekommen und haben in ihrem führenden Brüsseler Organ, der „Independance Belge", urbi et orbi verkündet, daß sie lediglich „Vernunftmonarchisten" seien, im Herzen aber der Republik anhingen. Mein Liebchen, was willst Du noch mehr? Um von dieser Gesinnung gleich eine praktische Probe zu liefern, haben die Liberalen in den Landtagen von Brabant, Hennegau und Lüttich aus Rücksicht auf die republikanischen Anschauungen ihrer Bundesbrüder deren Anträge zugestimmt, von der Absendung einer Ergebenheitsadresse an den König aus Anlaß des 75jährigen Jubelfestes der belgischen Provinzialverfassung abzusehen. So macht sich auch hier wieder die alte Erfahrung geltend, daß bei einem Bündnis zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie nicht der erste auf die zweite erzieherisch und mäßigend einwirkt, sondern daß im Gegenteil der Liberalismus der unterliegende Teil ist und von den sozialrevolutionären Fangarmen immer tiefer und tiefer in den Strudel des umstürzlerischen Radikalismus hinabgezogen wird. Nach alledem befindet sich die belgische Staats- und Gesellschaftsordnung in einer recht bedenklichen Lage, an deren Zuspitzung zweifellos dem Liberalismus ein erheblicher Teil von Schuld aufzubürden ist. Nicht minder aber fällt dem Klerikalismus ein voll gerüttelt und geschüttelt Maß von Verantwortung zu, weil er unter Hintansetzung aller monarchischen und staatserhaltenden Rücksichten aus verblendetem Parteiegoismus es versäumt hat, durch eine halbwegs besonnene und gemäßigte Haltung dem Liberalismus ein Zusammenarbeiten mit ihm möglich zu machen.

Esst Pfunds Yoghurt!

Neueste Drahtmeldungen

vom 26. Juli.

Flottenparade vor dem Kaiser.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat heute, wie aus Bergen gemeldet wird, die Flottenschau über deutsche Panzerschiffe von insgesamt 300 000 Tonnen Wasserverdrängung mit 20 000 Mann Besatzung in den Schären von Bergen abgenommen. Die Flotte bestand aus 14 großen Panzerschiffen, 7 modernen Kreuzern und einer Anzahl von Torpedobooten. Die Flottenabteilung soll sich an der Westküste Norwegens etwa zwei Wochen aufhalten.

Zum Befinden des bayrischen Prinz-Regenten.

München. Der Prinz-Regent hat den Besuch bei seiner Schwester, der Herzogin Adelgunde von Modena, in Wildenwart verschoben, da die Aerzte der Reise bei der gegenwärtigen Hitze widerraten und die klimatischen Verhältnisse Hohenschwangaus der Gesundheit des Regenten zuträglicher sind als die weiche Luft des Chiemgaues und seiner Umgebung.

Keine parteiamtliche konservative Stichwahlparole.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der „Kreuzztg." wird gegenüber dem „Reichsboten", der behauptet hatte, konservativerseits sei parteiamtlich die Stichwahlparole ausgegeben worden, daß unter allen Umständen die Sozialdemokratie dem Fortschritt vorzuziehen sei, festgestellt, daß eine parteiamtliche Stichwahlparole von dem Vorstande der konservativen Partei überhaupt nicht ausgegeben worden ist. Alles, was parteioffiziös verlautbart worden ist, ist die Erklärung der „Konservativen Korrespondenz", daß direkte Bundesgenossen der Sozialdemokratie genau wie diese selbst bei den Wahlen zu behandeln seien: „Wir vermögen einen Unterschied zwischen Sozialdemokraten und deren Helfern nicht gelten zu lassen und müssen im übrigen die Entscheidung über die in den einzelnen Wahlkreisen zu beobachtende Stellung zur Stichwahl lediglich von taktischen Gründen unseres Parteiinteresses abhängig machen."

Marokko.

(Vergl. Artikel vor Tagesgeschichte.)

Berlin. (Priv.-Tel.) An der Börse wollte man wissen, das Auswärtige Amt habe einigen hervorragenden Berliner Finanziers beruhigende Mitteilungen hinsichtlich des Standes der Marokkoverhandlungen zugehen lassen. Die „Deutsche Tageszeitung" gibt die Losung aus: „Front nach außen!" Die Stellungnahme der deutschen Regierung und im besonderen ihre Forderungen müßten heute auch alle diejenigen als eine vollendet feststehende Tatsache ansehen, die eine Entschädigung des Deutschen Reiches nur auf marokkanischem Boden wünschten. Müsse man jene Tatsache aber als vollendet ansehen, so müsse sie auch jetzt für alle nationalen Richtungen in Deutschland die Basis abgeben. Die auswärtige Lage habe heute schon ein ernstes Aussehen, und morgen könne sie noch ernster sein. Deshalb sei der Platz der gesamten national gerichteten Presse zur Seite der deutschen Regierung. Es gelte, dem Auslande zu zeigen, daß die große